

itung

erreich.

nachmittags.

Vertrieb und Lager:
Monatlich 2.60, vierteljährlich 7.80,
bei freier Zustellung durch die Post.
Deutschland: Vierteljährlich 12.00,
für alle anderen dem Verlagsort
angeführt. Länder: Vierteljährlich 15.00.
Abonnements werden angenommen
in der Administration, V. Reichle
Wienerzeile 97, und in den Filialen:
I. Schulerzeile 18, Telefon 8191
II. Baumgasse 80, Tel. 40403
X. Wiesendplatz 8, Telefon 88341
XIV. Wieningerplatz 6, Tel. 88120
XVI. Klugergasse 84, Telefon 84148
XVII. Badnergasse 22, Telefon 17175
XXI. Ungerechtheitsgasse 14.
Für die an fremde Postämter oder
Verkaufsstellen bezahlten Beträge leisten
wir keine Garantie.
Sämtliche Reklamationen sind portofrei.

Arbeiterzeitung

XXVIII. Jahrgang.

Die Regierung Stürggh.

Dieser Artikel ist in der Arbeiterzeitung am
30. Jänner 1915

erschienen. Es war damals die Rede davon, daß sich die Regierung Stürggh in einer Krise befinde, und der Artikel untersucht nun, warum es nötig und nützlich wäre, Oesterreich eine andere Regierung zu geben. Indem wir diesen alten Artikel veröffentlichen, der nach allen begleitenden Umständen die Gewähr einer unbesangenen Untersuchung bietet, glauben wir einen Teil jener Kritik zu leisten, zu der der Rücktritt der österreichischen Minister Anlaß gibt.

Was ist's nun mit dem Grafen Stürggh? Befindet sich seine Regierung in einer Krise oder haben wir die erregten Hoffnungen als eitel zu betrachten und zu glauben, daß seine Stellung „unerschütterter“ sei? Wir pflegen keine „Beziehungen“ und haben keine Lust, uns in Kombinationen zu ergen; aber zu sagen, daß es recht nützlich wäre, Oesterreich eine andere Regierung zu geben, erachten wir dennoch als unsere Pflicht. Wir wollen sie mit dem Eifer erfüllen, den die politische Notwendigkeit gebietet, aber die Leidenschaft zurückdämmen, zu der die Erinnerung an die Regierung, die das Parlament beiseite geschoben und den § 14 — lange vor dem Weltkrieg! — zur ausnahmslosen Regel ihres Tuns erhoben hat, allzu leicht verführen könnte.

Das Grundgebrehen, das der Regierung Stürggh in der Lage, in der sich Oesterreich befindet, anhaftet, ist nun dieses: diese Regierung erweckt keine Wärme, sie zieht nicht an, wirbt kein Vertrauen, vielmehr geht von ihr ein erkältender Hauch aus, der der gewaltigen Leistung, die von den Völkern dieses Reiches in Anspruch genommen wird, alles andere denn förderlich ist. In gutem Sinne vollstänlich zu werden ist einer österreichischen Regierung vorweg nur in einem sehr beschränkten Maße gegeben; in den Gegensatz und Widerstreit der Nationen gestellt, vermag sie schwer, sich nach allen Seiten gleichermaßen Freundschaft und Wertschätzung zu gewinnen. Aber mit der Regierung Stürggh steht es doch einigermaßen anders: ihr wird nun von niemandem, von keiner Partei und von keiner Nation, irgend etwas entgegengebracht, was man Zuneigung, Schätzung, Liebe nennen dürfte. Wenn Graf Stürggh scheidet, wird ihm niemand eine Träne nachweinen; er läßt jeden kalt und niemand wird sich ärmer fühlen, da er ihn verliert. Solange ein Minister im Amte ist, erträgt ihn freilich jeder als die Notwendigkeit, die er nicht beseitigen kann; aber was er in der Vorstellung- und Gefühlswelt der Menschen bedeutet hat, das erfieht man doch erst, wenn er von der Macht geschieden ist und die Abschätzung seines Wertes ohne die Störung durch eigensüchtige Erwägung sich vollziehen kann. Und da ist zu sagen, daß es wohl selten in Oesterreich eine Regierung gegeben hat, die derart auf jeden Zusammenhang mit dem Volke verzichtet hat, wie es bei der Regierung Stürggh der Fall. Ihr sind die tieferen Wurzeln, die auch eine Beamtenregierung nicht missen kann, verdorrt und abgestorben, und wenn sie scheidet, wird das Hoffen und Glauben in Oesterreich nur stärker und kräftiger werden.

Diese Zuversicht, die von der Regierung ausgeht, diese Wärme, die sie ausstrahlt, ist aber beileibe nichts Gleichgültiges; das ist während eines Krieges vielleicht das Wichtigste. Es handelt sich nicht darum, ob Graf Stürggh „eine Majorität hat“; wir wissen nur allzu gut, daß er sie, leider, nicht braucht, und daß überhaupt während eines Krieges auf Leben und Tod die parlamentarischen Gewichte auf die Waagschale nicht

gelangen. Aber die Empfindungen, die im Kriege eine Regierung erweckt, gehören dennoch zu den moralischen Imponderabilien, zu den zwar unwägbar, aber trotzdem wichtigen Dingen, die außer acht zu lassen ungemein bedenklich wäre. Gerade weil die Völker im Kriege der sonstigen Mittel, ihren Willen auszudrücken und ihm Einfluß zu verschaffen, entbehren, gerade deshalb ist es notwendig, daß eine Regierung da sei, zu der sie mit gesteigertem Vertrauen blicken, die sie gewissermaßen als Fleisch von ihrem Fleisch ansehen, mit der sie sich geistig und politisch verbunden fühlen. Es ist doch kein bloßes taktisches Manöver, daß überall dort, wo parlamentarische Regierungen am Nuder sind, in dem Augenblick, da das Vaterland in Not kommt, der Regierung sofort die breiteste Grundlage gegeben wird; es ist ohne Zweifel das Bedürfnis, die Regierung in der schweren Zeit mit dem allgemeinen Vertrauen auszurüsten. Oder aber, wo sich das parlamentarische Regierungssystem nicht durchgesetzt hat: glaubt jemand, das wäre gleichgültig, welcher Mann jetzt in Deutschland Reichskanzler sei? Es versteht sich doch jeder, es bedeute nicht wenig, daß an der Spitze gerade der Herr v. Bethmann Hollweg steht, dem auch die politischen Gegner jenen Respekt entgegenbringen, den sich Ehrlichkeit, Wahrhaftigkeit und Empfänglichkeit rechtchaffen verdient haben. Eine Regierung ist doch nicht eine bloße Verwaltungsbehörde und kann es am wenigsten während eines Krieges sein. Da hat sie mehr zu sein: gleichsam die Führerin der Nationen, deren Wort und Beispiel die matten Herzen aufrichtet, von der das Fluidum ausströmt, das die Bürgergesinnung belebt und kräftigt; an ihrem Wert und Gehalt soll sich die Hoffnung aufrufen. Es reicht aus, das zu sagen; zu erklären, wie es sich dabei mit der Regierung Stürggh verhalte, wäre überflüssig. Es handelt sich ja nicht um das Verhältnis, in dem Graf Stürggh zu den Politikern, also etwa den bürgerlichen Abgeordneten und Herrenhausmitgliedern steht; das mag ja ganz „normal“ sein. Es handelt sich darum, daß die Regierung Stürggh dem Volke nichts ist, daß sich aus ihrem Dasein keine Wärme und Freude für den Staat entwickelt. Der magyarische Soldat im Schützengraben wird seinen Tisza kennen, der deutsche seinen Bethmann Hollweg, und der Gedanke an das politische Zuhause wird ihnen die Stimmung nicht trüben. Die Regierung Stürggh ist eine Institution innerhalb der bürokratischen Ordnung; damit ist ihre Bedeutung beschränkt. Aber auch Oesterreich braucht eine Regierung, die belebend und aufrichtend wirkt, an die sich zu erinnern nicht alle Freude vergällt.

Daraus ergibt sich nun die unerfreuliche Tatsache, daß durch diese Regierung, die jeden kalt läßt und jeden kalt macht, das Selbstbewußtsein der Oesterreicher verletzt wird. Nämlich der Abstand von dem Tisza wird zu augenfällig, und so höhrt sich das Gefühl ein, daß Oesterreich politisch zurückgedrängt wird und weit weniger bedeutet, als es bedeuten sollte. Nicht daß wir meinen, die österreichische Regierung möge Konflikte suchen, solle in dem Wechselverhältnis zu Ungarn Prestigepolitik treiben; diese Auffassung des Dualismus, als müßte da immer gekämpft und gerauft werden, haben wir uns nie zu eigen gemacht. Aber das Verlangen der Oesterreicher, welches sie alle innerlich tragen, wenn sie auch, als wohlherzogene Untertanen, es nicht zu äußern unternehmen, daß nämlich ihre Regierung nicht weniger an Einfluß, Macht, politischem Gewicht und, vor allem, an Ansehen besitzen solle, als sie die ungarische aufweist, dieses Verlangen ist ganz natürlich und ihm die Erfüllung zu verweigern wäre nicht weniger, als ihnen zu sagen, daß das Erstgeburtsrecht, ja nur das Recht als Gleiche von ihnen nicht beansprucht werden darf. Wir brauchen eine Regierung, von der zu sprechen nicht Verlegenheit ist; eine Regierung, der wir das Vertrauen entgegenbringen, daß ihr Wille ins Gewicht fällt, ihr Wort mitzählt; eine Regierung, der die Welt außerhalb des Ausnahmestandes, als die ihr Urteil nicht zu verstecken braucht, kein geringeres Maß von Achtung und Schätzung entgegenbringt, als der österreichischen Regierung nach dem natürlichen Kräfteverhältnis im dualistischen Reiche zukommt. Wir